

Rheingauer Bürgerfreund



Der „Rheingauer Bürgerfreund“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags, an letzterem Tage mit dem „Rheinischen Volksblatt“.

Anzeiger für den Rheingau

Bezugspreis monatlich 2.10 Mk. einschl. Trägerlohn. Anzeigen: die einsp. Zeile 50 Pf., für auswärtige Anzeigen 60 Pf., Reklamazeile 1.50 Mk. Beilagengebühr nach Uebereinkunft.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises

Größte Abonnentenzahl aller Rheingauer Blätter

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville

Druck und Verlag von Adam Effenne in Oestrich

Telefon Nr. 88.

Größte Abonnentenzahl aller Rheingauer Blätter

Nr. 142

Donnerstag, den 25. November 1920

71. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

An die Magistrate und Herren Bürgermeister des Kreises!

§ 530. Am 1. Dezember 1920 findet eine neue Viehzählung statt. Die hierfür erforderlichen Zählbezirks- und Gemeindefürer sind den Gemeinden vor einigen Tagen von hier aus zugegangen. Zur Vermeidung unnötiger und störender Rückfragen ersuche ich wiederholt, die Zähler besonders auf die genaue Beachtung der Bestimmungen in der Anweisung für die Zähler unter Ziffer 8—11 und 13 hinzuweisen, die auf der Rückseite der Zählbezirksliste gedruckt sind.

Bei früheren Zählungen hat die nichtgenügende Beachtung der Ausführungsbestimmungen zur Folge gehabt, daß Strafverfahren gegen Viehhalter wegen falscher Angabe des Viehbestandes infolge einer Lücke in der Bekanntmachung der Viehzählung eingestellt werden mußte. Ich weise daher auf die Anweisung für die Zähler vom 28. 10. 20 auf Seite 4 der Gemeindefürerliste hin und mache auch auf die Innehaltung der Vorlagefristen aufmerksam.

Auch ersuche ich die Einträge in Spalte 15 darauf zu prüfen, daß alle Milchkuhe, einschließlich der milchenden Arbeitskuhe und der wegen Trächtigkeit trocken stehenden Kühe, in diese Spalte eingetragen sind, während die Spalte 16 lediglich den übrigen (nicht milchenden Kühen und den Färsen) vorbehalten bleibt. Es werden daher in der Regel die Einträge in Spalte 15 größer sein müssen als in Spalte 16. In die Zählbezirksliste (C) sind die Viehhaltenden Haushaltungen nacheinander einzutragen. Mehrere Haushaltungen, z. B. die aus dem Gute vorhandenen herrschaftlichen Tagelöhner, und ihren Viehbesitz auf einer Zeile aufzuführen, ist unzulässig. In die Gemeindefürerliste (E) ist nur die Hauptsumme aus jeder Zählbezirksliste zu übernehmen, ohne nochmalige Aufzählung der Viehbesitzer. Es muß streng darauf gehalten werden, daß die Liste C als Zählbezirks- und die Liste E als Gemeindefürerliste und nicht umgekehrt verwendet werden. Reicht eine Liste nicht aus, so ist wie vorgeschrieben, eine zweite, dritte usw. zu benutzen; das Ankleben von Fahnen oder die Verwendung von Vorstücken früherer Viehzählungen ist unzulässig. Im übrigen wollen Sie die Sorge tragen, daß die unter § 84 der Anweisung für die Zähler vom 28. Oktober 1920 festgesetzte Vorlagefrist, 4. Dezember, unbedingt innegehalten wird, da für mich sowohl wie für die Zentralbehörden ein großes Bedürfnis vorliegt, die Ergebnisse der Zählung möglichst schnell zu erhalten.

Niedersheim a. Rh., den 16. November 1920.

Der kom. Landrat: Dr. Mülhens.

§ 3480. Das Erscheinen der Trierer Zeitung und der „Rheinischen Rundschau“ in Coblenz sowie die Einfuhr der in Essen erscheinenden Zeitung „Das freie Wort“ sind durch die internationalisierte Rheinlandkommission bis 30. November verboten.

Niedersheim a. Rh., den 20. November 1920.

Der kom. Landrat: Dr. Mülhens.

Der Reichstag.

Berlin, 22. Nov.

Der Gesetzentwurf über die Autonomie Ober-Schlesiens wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) begründet seine Interpellation wegen der

Kapitalverschiebungen

nach dem Auslande. Schon während des Krieges bemerkten die Kapitalverschiebungen und sehen sich jetzt fort als Folge der Korruption des Krieges. Sie sind so rasch vorgenommen worden, daß man den Schiebern nicht bekommen kann. Das ist der Fall bei dem Bankhaus Gruner, Philippson u. Co. Zu den Verschiebungen Gruners gehören neben den reaktionären Kreisen namentlich Mitglieder der Familie Hohenzollern. Es fragt sich, wie viele von diesen sich an den Schiebrungen in Waren aller Art beteiligt haben, die etwa 250 Millionen Mark betragen sollen. Er fragt die Regierung, ob sie Aussicht darüber geben wolle, wie weit die Kronprinzessin, Prinz Fritz Friedrich und Prinz Friedrich Wilhelm an den Schiebrungen beteiligt waren.

Reichsfinanzminister Birk: Wir sind in der Lage, nachzuweisen, daß eine Untersuchung bereits am 18. April wegen Schmidt, Ebelich und Dr. Borchardt eingeleitet worden ist. In Verbindung mit dem Bankhaus C. J. J. u. Co., also bereits lange vor dem 2. Juli, dem Tage, an dem die „Freiheit“ die Sache veröffentlicht hat. Die Untersuchung ist heute noch nicht abgeschlossen. Was den Fall Gruner angeht, so ist im Reichsfinanzministerium vor einigen Tagen Mitteilung von Kapitalverschiebungen

mit Hilfe dieses Instituts gemacht worden. Es wurde sofort die Staatsanwaltschaft benachrichtigt und die Geschäftsbücher beschlagnahmt. Ueber die Persönlichkeiten selbst, welche mit den Firmen in Geschäftsverbindung gestanden haben, können noch keine bestimmten Angaben gemacht werden. Feststeht, daß sich unter denjenigen, welche Konten bei der Firma in Amsterdam haben, auch Mitglieder ablicher und fürstlicher Häuser befinden, darunter einige Mitglieder des Hauses Hohenzollern. (Hört, hört!)

Es sind auf Grund des Steuerfluchtgesetzes sofort Sicherheitsmaßnahmen angeordnet worden, die auch vor den Mitgliedern des früheren königlichen Hauses nicht Halt machen werden. Nach dem Steuerfluchtgesetz sind die Finanzämter zur Anordnung einer Sicherheit bis zu 50 v. H. des Vermögens des Steuerflüchtigen berechtigt, wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß Vermögenswerte dem Steuerfluchtigen entzogen werden sollen. Diese Annahme ist bei allen Personen als vorliegend erachtet worden, die als Kontoinhaber bei der Firma Gruner festgestellt worden sind. (Beifall.)

Auf Antrag Scheidemann (Soz.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Düringer (Dnat. Vp.) wünscht scharfe Durchführung der Untersuchung ohne Ansehen der Person. Die Interpellation soll aber gerade die Sache politisch ausschlichten. Was die Kronprinzessin in Amsterdam bei Herrn Gruner stehen hat, ist lediglich das Konto für den Unterhalt des Kronprinzen. (Hört, hört!) Die Hebe des „Vorwärts“ ist lediglich dazu bestimmt, die Liebe, die noch im Volke zum Hohenzollernhaus besteht, zu untergraben.

Abg. Burlage (Zentr.): Die Erklärungen des Reichsfinanzministers erscheinen befriedigend, auch im Falle Gruner. Das Einlen der Steuerämter ist leider nicht zu leugnen. Die Blätter der äußersten Rechten tragen aber hieran einen großen Teil der Schuld. Sie bekämpfen vor allem das Reichsnotopfer. Ein solches Verhalten ist unwürdig.

Abg. A h l (Dt. Vp.): Ich habe zu erklären, daß meine Partei nichts besseres will und wird, von wem es auch immer begangen worden ist. Wir bedauern selbstverständlich auch das Bankhaus Gruner in keiner Weise. Wir werden uns aber gegenüber des Geschickes die volle Unbefangenheit bewahren und alle Vorurteile nur vom rein sachlichen Standpunkt aus betrachten. Selbst wenn die Tatsache richtig wäre, daß Mitglieder des Hauses Hohenzollern an den Schiebrungen beteiligt gewesen wären, dann würde die Beteiligung dem Hause zur Last fallen, nicht aber der Monarchie. Die Kulturisten des Hauses Hohenzollern können dadurch nicht verurteilt werden. Das festzustellen verlangt die geschichtliche Gerechtigkeit. (Lärm bei den Soz.) Wenn irgendwo und irgendwann ein Schurke an der Spitze eines Fürstenhauses gestanden hat, so berechtigt das noch nicht, den monarchistischen Gedanken abzulehnen. Wir halten die Monarchie für die bessere Staatsform, weil sie eine über den Parteien stehende Staatsgewalt darstellt und deshalb einer Staatsautorität besser entspricht. (Zustimmung bei der D. V. Vp.) Wir wissen trotzdem, was wir der Weimarer Verfassung schuldig sind. Im übrigen: wenn Kapitalverschiebungen vorgekommen sind, ist es bereits im Jahre 1919, also unter der Regierung der Interpellanten, geschehen. Redner nimmt die Kronprinzen-Familie gegen die Angriffe des „Vorwärts“ in Schutz und wirft den Sozialdemokraten vor, die Interpellation als politisches Agitationsmittel verwendet zu haben.

Reichsfinanzminister Dr. Birk erklärt, die Schankröte trete einem beim Durchlesen der Akten ins Gesicht, wenn man alle die Namen lese, die sich mit einem solchen Winkelschacher eingelassen hätten.

Abg. P u t z (N. S.) legt der Interpellation keine übertriebene Bedeutung bei. Es handle sich nur um Blasen aus dem Sumpfe der allgemeinen Korruption. Diese Verhältnisse datieren schon aus der Zeit nach der Revolution. Damals hat aber die sozialdemokratische Regierung versagt und so konnte sich das System allmählich konsolidieren und zu einer Gefahr für uns werden.

Abg. Dietrich (Dem.): Die ganze Sache erscheint so wenig geklärt, daß meine Partei noch keine Stellung dazu einnehmen kann. Es kann sich hier überhaupt nur um eine Rechtsfrage handeln, nicht um eine politische Frage.

Abg. H ö l l e i n (N. S. links): Gesetz ist heute nur der Lohnabzug. Alle anderen Steuern stehen auf dem Papier. Arbeitervertreter waren es, die Wilhelm dem Unausprechlichen beim Verschieben von ganzen Möbelwagen, mit Silber gefüllt, nach Holland verhalfen. Wir beantragen die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Feststellung, ob den Verschiebungen ein strafbares Verschulden der früheren Regierung zugrunde liegt.

Abg. E m m i n g e r (Bahr. Vp.): Wir sind von den Ausführungen des Finanzministers voll befriedigt. Wir bedauern, daß die Interpellation durch das Hineintragen von Parteistreitigkeiten ihren Wert verloren hat.

Abg. Scheidemann (Soz.): Mit der Antwort des Reichsfinanzministers bin auch ich durchaus einverstanden. Das Wichtigste und Tatsache ist, daß die Kronprinzessin tatsächlich ein Konto bei dieser Schiebrant gehabt hat. Wenn man in ein schwebendes Verfahren eingreifen will, dann darf man nicht so reden, wie es Herr A h l getan hat. Gegen Richter und Schieber muß man rücksichtslos vorgehen.

Abg. Graf B e s t a r p (Dnat. Vp.): Die Geschäftsverbindung des Kronprinzlichen Hauses mit dem Bank-

schäft Gruner erklärt sich nach meinen Informationen daraus, daß der Kronprinz im Winter 1918 mittellos in Holland war und deshalb ein Darlehen von 5000 Gulden bei dem Hause dieser Firma in Amsterdam aufnehmen mußte. Eine Steuerhinterziehung kann erst dann in Frage kommen, wenn nach dem Auslande übertragenes Kapital verheimlicht wird und davon ist im vorliegenden Falle absolut keine Rede. Für die Sozialdemokratie handelt es sich hier nur um ein Kampfmittel gegen das Hohenzollernhaus. Die Begründung der Republik ist nicht imstande, eine 500-jährige Geschichte auszulöschen. (Großer Tumult, Zustimmung rechts, Protestrufe links.) Mit allem Unrat, von links werden Sie dem deutschen Volke die Liebe und Treue zum Hohenzollernhaus nicht aus dem Herzen reißen. (Stürmisches Bravo rechts. Rufen links. Minutenlang kann sich Vizepräsident Vell keine Ruhe verschaffen.)

Abg. Breitscheid (N. S.): Solange die Kronprinzessin im Verdachte steht, an den Kapitalverschiebungen teilgenommen zu haben, kann eine Erklärung, die aufsteht von ihr kommt, keinen Wert haben. Die Tatsache steht fest, daß sie ebenso wie führende Männer der Deutschnationalen zu dem Winkelschacher in Verbindung gestanden hat. Der Reichsfinanzminister hat sich leider bei der Nennung der Namen aus den höchsten Kreisen eine große Zurückhaltung auferlegt.

Reichsfinanzminister Dr. Birk: Der Oberstaatsanwalt hat mir mitgeteilt, er warne vor der Nennung von Namen, da noch kein Beweis ihrer Schuld erbracht ist. Was die Angelegenheit mit der Ausfuhr von Wertgegenständen des Kaisers anbetrifft, so sind aus dem Privatbesitz des Kaisers Möbel und Hausrat mit Genehmigung des Ministeriums ausgeführt worden unter genauer Beachtung der zollamtlichen Ausführungsbestimmungen, die in keinem Falle etwas Belastendes ergeben haben.

Abg. G e h e r -Sachsen (N. S. links) greift den Abg. Müller-Franken an, weil dieser ihm Untätigkeit bei der Verschiebung des Privatvermögens des Königs von Sachsen vorgeworfen habe. Er habe im Gegenteil dieses Vermögen mit Beschlag belegt.

Abg. Stresemann (D. Vp.) nimmt den Abg. A h l gegen den Vorwurf in Schutz, in ein schwebendes Verfahren eingegriffen zu haben.

Abg. Müller-Franken (Soz.) spricht die Hoffnung aus, daß die Untersuchung in die wirklich dunkle Angelegenheit Licht bringen werde. Die Hohenzollern als leidende Hinterwälder, ist angesichts der Notlage des ganzen Volkes eine Geschmackslosigkeit sondergleichen. Die Sozialdemokraten haben jedenfalls zu einer Zeit, als Wilhelm noch in Glanz und Würden saß, diesem verbrecherischen Narren ihre Meinung klipp und klar zum Ausdruck gebracht. (Die weiteren Ausführungen des Redners über die Hohenzollern rufen aufs neue erregte Proteste und Pfui-rufe der Rechten hervor.)

Damit schließt die Debatte. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. Graf B e s t a r p (Dnat. Vp.) und Dr. Breitscheid (N. S.).

Nächste Sitzung Dienstag mit 1 Uhr. Anträge, kleinere Vorlagen. — Schluß 8 Uhr.

Das neue Heer.

Aus dem Hauptausschuß.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde der Etat des Reichswehrministeriums weiter beraten. Reichswehrminister G e h l e r stellte fest, daß das Reichswehrministerium von seinem Vorgänger nach dem amtlich vorliegenden Material organisiert worden sei. Eine Neuorganisation zu einem Zeitpunkt, in dem das Heer selbst noch in der Umbildung begriffen sei, müsse den gesamten Heeresapparat lahm legen. Die Hauptsache müsse jetzt sein, die Bestimmungen des Friedensvertrages fristgerecht zu erfüllen. Parlamentarische Staatssekretäre erklärten der Minister nach den eigenen Erfahrungen der letzten Jahre als nicht empfehlenswert, da nur eine Persönlichkeit die parlamentarische Verantwortung tragen könne und das sei der Minister selbst. Die große Zahl der älteren Offiziere und Unteroffiziere sei durch die völlig veränderte Struktur des neuen Heeres bedingt, das nicht mehr aus 20—22-jährigen, sondern aus 20—32-jährigen bestehe. Weiter äußerte sich noch General von Traun von der Personalabteilung des Reichswehrministeriums über die Frage des Offiziersersatzes und die Notwendigkeit von Beförderungen, worauf Oberst von K r e k vom Reichswehrministerium betonte, der Andrang zum Offiziersberuf habe bereits stark nachgelassen wegen der geringen Zukunftsaussichten, die sich dem Offizier heute bieten. Am einzelnen befreundete er dann die Notwendigkeit der Kavalleriereformationen. Die Zahl der anforderten Pferde solle nur das Minimum betragen, was zur Aufrechterhaltung einer geringen Kavallerie nötig sei.

Stimmen der Vernunft.

Auch in England mehren sich die Stimmen, die die Revision des Vertrages von Versailles verlangen, und wenn es auch nicht gerade die Reichswehr ist, so ist es doch die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Vertrag, die immer weiter um sich greift. So hielt vor wenigen Tagen die Union für de-

„Kellia“ hat der Verein zweifellos einen glücklichen Griff getan. Die einzelnen Chöre bieten eine Fülle des Schönen. Das Ergebnis einer überaus fleißigen Vorarbeit werden die Chorleiter mit dem Oratorium sicherlich großen Eindruck machen. Wiltberger'sche Musik sucht in ihrer Art ihres Gleichen. Die Aufführung ist sehr geschickt kombiniert. Sie setzt sich zusammen aus gemischten Chören, Solis, Deklamationen und lebenden Bildern. Es ist somit etwas ganz eigenartig schönes, was der „Kelliaverein“ Musikfreunden darbietet. Die Solis liegen in bewährten Händen. Für die Sopranistin ist die Konzertsängerin Frä. Schäfer-Viebrich, für Tenorsolo Herr Heinrich Offenstein, für Basssolo Herr Hans Merkel gewonnen. Am Flügel begleitet Frä. Heide Maier-Eltville. Das Oratorium gelangt im „Kanalbau Hölzgen“ zur Aufführung. Kartenverkauf in der Buchhandlung Schott.

Kleinbahn Eltville-Schlungenbad.

• Eltville, 22. Nov. In Schlungenbad tagten Vertreter der interessierten Gemeinden wie Eltville, Rindorf, Raunthal, Schlungenbad und Bärstadt, um über das Fortbestehen der Kleinbahn Eltville-Schlungenbad zu beraten. Bekanntlich hat die Direktion der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft erklärt, die Bahn nicht weiter in Betrieb erhalten zu können, da die Unkosten zu hoch sind. Die Erhaltung der Kleinbahn ist für unsere Stadt und die angrenzenden Gemeinden von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Es wurde beschlossen, nochmals mit dem Kommunalverband eingehend zu beraten und ferner eine Resolution abgefaßt, die an die Regierung nach Wiesbaden gehen soll, um die Stellungnahme der Regierung in dieser Angelegenheit kennen zu lernen. Bekanntlich hat die Reichsregierung viele Millionen Mark bewilligt, die den Eisenbahnen und Nebenbahnen zu Gute kommen sollen. Daß unsere Nachbargemeinden Rindorf, Raunthal und ganz besonders Schlungenbad großes Interesse am Weiterbestehen haben, ist greifbar. Auch unsere Stadt ist gewillt, zum Weiterbestehen mitzuwirken und zwar mit einer bereits festgesetzten Summe der 5%igen Tilgungszinsen. Hoffen wir, daß die Kleinbahn uns erhalten bleibt.

Lichtspiele Hotel Reisenbach.

• Eltville, 25. Nov. Wieder kündigen die Lichtspiele einen großen Film an und zwar Kriminaldetektiv „Jude“, ein Film der „Gerechtigkeit“. Von Samstag, den 27. Nov. bis Sonntag, den 2. Januar werden diese Vorstellungen dauern. 25 gewaltige Akten, in 12 Episoden werden sich an den verschiedenen Sonntagen verteilen. Reiche Eleganz in vornehmen Palästen mit interessanten Gesellschaften werden vor unseren Augen sich aufstellen und die Schicksalsgöttin zeigt auch in solchen Häusern ihre Macht. Umwerfend Glück mit dem Unglück. Wir Menschen erfahren immer und immer wieder, daß schon zu allen Zeiten bei uns und reich, bei groß und klein, das Glück mit dem Unglück seine Fäden um jedes Menschenleben zieht. Darum schauen wir es nicht, uns den kommenden unvergleichlichen Film anzusehen. Wir können versichern, daß die Besucher hochbefriedigt sein werden.

Theaterabend.

• Erbach-Mh., 25. Nov. Wie wir bereits im Eigentum unserer letzten Samstag-Nummer veröffentlicht haben, veranstaltet der hiesige Fußballklub am nächsten Sonntag im Saale des Hotel Engel einen Theaterabend. Schon der Name „Fußballklub“ läßt in hohem Maße dafür, daß die Besucher dieser Veranstaltung wirklich recht genüßreiche Stunden in Aussicht stehen. Ist doch sein Organisationskomitee noch von den im April d. Jrs. so glanzvoll verkauften Pokalwettkämpfen her allen Erbachern bekannt. Und so hat es denn der Verein mit viel Aufwendung an Arbeit und Geld fertiggebracht, ein wahrhaft außerordentliches Programm zusammenzustellen und dadurch nur Hervorragendes seinen Gästen bieten zu können. Die nur aus besten Kräften zusammengeleitete Theaterabteilung unter der schneidenden Leitung ihrer Regisseure, der Herren G. Herdt und H. Gies, hat in mühevoller Arbeit alle Vorbereitungen getroffen, um durch ihre Aufführungen und Vorträge die Besucher in die heiterste Stimmung zu versetzen und wenigstens einige Stunden die Trübseligkeit der gegenwärtigen Zeit vergessen zu machen. Darum: Wer wieder einmal die stillesche Unterhaltung genießt und dabei so recht von Sorgen losen will, der komme nur gefroren am nächsten Sonntag zu „Unserem Fußballklub“, er wird dann hochbefriedigt über das Gesehene wieder nach Hause gehen.

Folgen des niedrigen Rheinwasserstandes.

• Aus dem Rheingau, 25. Nov. Durch die geringe Leistungsfähigkeit der Rheinschiffahrt hat der durchgehende Güterverkehr auf den rheinischen Eisenbahnen in den letzten Tagen bedeutende Steigerung erfahren. Die Zahl der regelmäßig verkehrenden Güterzüge ist längst ungenügend und Einlage von Sonderzügen täglich erforderlich. Die Gütermengen bestehen hauptsächlich in den Arten von Kohlen und Holz, Eisen und Holz. In letzter Zeit ist der seltene Fall zu verzeichnen, daß innerhalb eines Jahres der höchste und zugleich der niedrigste Wasserstand vorgekommen ist. Am 16. Januar d. Jrs. zeigte der Pegel 7.80 Mtr. Höhe und am 16. Nov. d. Jrs. nur noch eine Höhe von 80 Zentimeter oder 7 Mtr. tiefer als zur Zeit des Hochwassers.

Riesiger Pachtpreis.

• Die Kederverpachtung der Schiersteiner zu Kirchen- und Gemeinde, die gestern im „Deutschen Kaiser“ Ratssand, erzielte einen Erlös von 17000 M., während die bisherige Pachtsomme 1060 M. betragen hat.

Die Ingeheimer Schieß-Affäre.

• Mainz, 20. Nov. Wegen der bekannten Ober-Ingeheimer Affäre, bei der nach einer Tauschfrist ein junger Mann aus Frankfurt a. M. durch Schüsse tödlich verletzt worden war, hatten sich gestern vor dem Kriegsgericht der französischen Rheinarmee ein Korporal und vier Soldaten der Besatzungstruppen zu verantworten. Die Verhandlung ergab, wie es in den Berichten heißt, daß die Schießerei entstanden war im Verfolg eines Streites um die Belegung von Plätzen durch die Angeklagten bei der Gelegenheit, jedoch konnte keiner der Angeklagten bezügliche der Schüsse als Täter überführt werden. Der Korporal, der die Veranlassung des Streites war, wurde zu einem Jahr Gefängnis und 100 Franken Geldstrafe verurteilt, die vier anderen Soldaten wurden freigesprochen.

Große Freude herrscht jetzt bei allen Kindern.

• Mainz, 19. Nov. Die Firma Leonhard Kiehl & Co. hat jetzt ihre Spielwarenausstellung eröffnet und zeigt in ihrem Schaufenster ein Bild der Mainzer Messe. Nichts fehlt dabei. Die Rutschbahn ist da, das Karussell, Waffelbäckerei, Feste brust 3 Schlag eine Mark, die Schwebebahn, Zuckerstände, Menagerie, Seiltänzer und viele andere charakteristische Figuren erscheinen in dem Bild. Die Ausstellung im 3. Stock ziert Nikolaus, der die beiden Jungen ins Tintenfaß taucht, kurz, es ist eine sehenswerte Ausstellung.

Wirkungen der Befragung.

• Die Zahl der französischen Kaufleute in Mainz wird auf etwa 1000, in Wiesbaden und Köln auf je 1500 geschätzt. Außerdem kommen in Köln noch 654 belgische Kaufleute hinzu. In der Pfalz bestehen zurzeit 5 französische Bankniederlassungen, in Mainz 2, in Wiesbaden ebenfalls 2, in Köln 3 fremde Banken, darunter 4 belgische, 3 englische und 2 französische.

Gegen Kartoffelwucher.

• Landau, 12. Nov. Wegen einheitlicher Behandlung der Kartoffelpreise für den Bezirk der Pfalz hat der Oberstaatsanwalt die Staatsanwälte angewiesen, gegen alle Personen, die einen höheren Preis als 25 M. für den Zentner fordern, unnachsichtlich einzuschreiten.

Die Briefzensur im besetzten Gebiet.

• Zu der durch die Presse gehenden Meldung über erneute Briefzensur im besetzten Gebiet erzählt die „Koblenzer Zeitung“, daß die Meldung in der bisher veröffentlichten Form nicht richtig sei. Es handle sich keineswegs um eine von der Rheinlandkommission eingeführte Briefzensur, sondern um eine Maßnahme der deutschen Behörde zur Verhinderung der Kapitalflucht. Diese Kontrolle verdächtiger Briefschaften gehe von den Zentralen Kiewe, Köln und Ludwigshafen aus.

Weinzeitung.

Die Lage des Weinmarktes.

• Ein sachmännischer Mitarbeiter im Rheingau schreibt dem Wiesbadener Tagblatt: Die Lese ist jetzt überall zu Ende. Das Ergebnis war in jeder Hinsicht und namentlich für die kleineren Besitzer ein unbedeutend befriedigendes. Die Frühlesen haben nur eine kleine Qualität geliefert, die aus Mangel an Zucker noch nicht einmal ausreichend verbessert werden kann, aber die Spätlesen haben, allerdings auf Kosten der Menge, ein ganz vorzügliches Produkt ergeben. Diese Segensätze hätten zum Teil vermindert werden können, sie sind übrigens auch der Grund, weshalb die kleinen Weine aus Frühlesen wohl schwer unterzubringen sein dürften. Die überaus hohen Moskauer Preise, von denen aus dem Rheingau und Rheinhessen berichtet wird, spielen an sich nur eine nebensächliche Rolle, es handelt sich hier nur um Trockenbeerenauslesen, die nur in einzelnen Fällen und unter Beobachtung größtmöglicher Sorgfalt gewonnen sind, selbstverständlich auch nur in kleinen Mengen. Das Herbstgeschäft ließ sehr zu wünschen übrig, es wurden in Rheinhessen für kleine Roste Preise zuerst von 11 000—13 000 M. das Stück bezahlt, die aber nachträglich, nachdem man sich von der unzureichenden Qualität überzeugt hatte, auf 8000—9000 M. zurückgingen. In der Rheinpfalz war der Geschäftsverlauf ein ähnlicher. Anders zeigte sich die Bewertung der Qualitätsweine, die beispielsweise im Rheingau von 16 000—20 000 M. das Stück ansteigen konnte, aber natürlich waren dies noch keine Weine mit hohen Moskauerpreisen, solche Weine wurden überhaupt nicht gehandelt, sondern vom Besitzer eingelegt mit der Hoffnung auf eine bessere Bewertung. Ob diese Hoffnung sich erfüllen wird, ist nach Lage der Umstände allerdings noch sehr zweifelhaft. Der Handel hält mit Einhalten zurück, weil auch die Nachfrage nach fertigen Sachen sehr zu wünschen übrig läßt und weil Weine in den niedrigeren Preislagen zurzeit umgesetzt werden können, das wird auch vorüberhand nicht besser werden. Die Preise selbst für kleinere Flaschenweine haben eine Höhe erreicht, die zwar gegen die Forderungen, wie sie vor einigen Monaten bestanden haben, um etwa 20 M. niedriger sind, allein sie sind eben für einen größeren Verbrauch, namentlich in Verbindung mit der Steuer, immer noch hoch genug. Infolgedessen hat auch der Verbrauch in den Wirtschaften abgenommen und beschränkt sich mehr auf die Auskantenweine, die durchschnittlich zu 4—5 M. die 0.2 Liter verkauft werden. Mehrere Flaschenweine des 1918er und 1917er Jahrgangs sind meist unter einem Preis von 30—40 M. die Flasche ohne Steuer nicht käuflich, allerdings auch verhältnismäßig wenig angeboten. Nach ganz teuren Originalabfüllungen ist zurzeit gar keine Frage. Ausländische Verschnittweine sind wieder billiger angeboten und wenn diese Angebote zunehmen, dann müssen auch die höheren inländischen Forderungen zurückgehen, wenigstens für die kleineren und mittleren Qualitäten, vor allem für Rotweine. Das Auslandsgefahr kann sich nur wenig beleben trotz unserer schlechten Saluta und trotz Ermäßigung der Ausfuhrabgabe, demnach sind unsere Preise auch für die Ausfuhr zu teuer.

Die 1918er im Rheingau.

• Aus dem unteren Rheingau wird geschrieben: Die 1918er Weine sind in den letzten Wochen etwas mehr gefragt und bei erheblich herabgesetzten Forderungen wird in sich Bedarfskäufe ab, wobei 18 000 bis 20 000 M. und für bessere Sachen auch etwas mehr bezahlt werden. Vielen Winzern erscheinen die abgegebenen Gebote auf eben erwähneter Grundlage zu gering, sie neigen daher zurzeit noch nicht zum Verkaufe und wollen die Konjunktur ruhig abwarten. Sie sagen nicht mit Unrecht, daß, wenn der Wein billiger werden soll, auch im übrigen ein Abbau der Preise eintreten müsse, wovon aber nicht das geringste zu verspüren ist, im Gegenteil, sich alle Bedarfsartikel noch täglich weiter verteuern. Die meisten Winzer, die durch die letzten guten Erntejahre sich etwas erholt haben, sind heute nicht mehr wie früher darauf angewiesen, ihre Ware möglichst rasch zu Geld zu machen und können aushalten. In neuen Weinen sind nur ganz vereinzelt einige Abschlüsse getätigt worden und die dafür angelegten Preise sind aber den Herbstpreisen nur unwesentlich hinausgegangen. Im allgemeinen herrscht kaum Nachfrage nach diesen Weinen, doch ist anzunehmen, daß man denselben nach dem ersten Abtrieb mehr Interesse entgegenbringt.

• Aus Württemberg, 22. Nov. Der Ertrag der diesjährigen Weinernte war in den württembergischen Weinbaugebieten sehr verschieden. Während in einem Teile der Bemerkungen ganz bedeutende Ergebnisse herangebracht werden konnten, gab es anderwärts fast keinen Ertrag. Wie sich der 1920er hinsichtlich der Güte stellen wird, bleibt abzuwarten, anscheinend tritt die Säure, obwohl sie an sich gar nicht so hoch ist, stärker hervor, weil nicht genug Extraktstoffe in dem Wein vorhanden sind. Das Geschäft ist leblos, da Kauflehaber eine abwartende Haltung einnehmen. Für die 100 Liter (ein Eimer) wurden in Stuttgart und Umgebung 3000—4050 M., im Bodensee, Kocher- und Jagsttal 2700—4200 M., in der Gegend des Bodensees und am Albtraut 2400—3800 M. erzielt. Die Weinversteigerungen der herrschaftlichen Güter brachten Preise von 3000—8700 M. für den Eimer.

Verantwortlich: Alexander Eilenne, Deßau.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben, unvergesslichen Vaters, meines guten Sohnes, Schwiegersohnes, unseres guten Bruders, Schwagers und Onkels

Herrn Johann Wiegner,

sowie für die zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung und für die vielen Kranz- und Blumen-spenden sagen wir herzlichsten Dank. Ganz besonderen Dank den Altersgenossen und -Genossen, dem Arbeitergesangsverein „Concordia“ für den erhebenden Grabgesang, dem Verein „Fidelitas“, sowie seinen Mitarbeitern und den Angehörigen der Chemischen Fabrik, Winkel und der treubeforgten Nachbarschaft.

Für die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Katharina Wiegner,
geb. Kunz.

Winkel, Wiebelsheim, Röhrenach, Frankfurt-Edlach, Weinhausen u. Johannisberg, den 24. Nov. 1920.

Neu eingetroffen:

Prima Schweineschmalz, Pflanzenfett Palmin, Pflanzen-Margarine Palmona, Süßrahm-Margarine in nur besten Qualitäten.

Heinrich Müller, Hattenheim a. Rh.

Rheinisches Kauf- und Versandhaus.

Zu verkaufen:

Kummete, Brustgeschirre mit Ledersträngen, After, Taustänge, Schellenbänder und Gurten, Trenzen, Ackerleinen, gelbe Doppelspänner-Brustgeschirre, kompl. Schulranzen u. v. mehr.

Johann Wacker, Mainz,

Mittlere Bleiche 34 II.

Jeder sein eigener Tischler!

Berl. gratis Prospekt über mein Handwerkszeug
Haushalt-Tisch-Hobelbank 4000 im Gebrauch!
Passt an jeden Tisch. Unverwundlich.
Einzigste Leipzig 200, Molitstraße 57.

TRIUMPH Schreibmaschine



Der Gipfel der Vollkommenheit!

Alleinverkauf:

M. Schloss, Mainz,
Schulstr. 18/19.

Gut erhaltener

Küchenherd,

70x112, sehr preiswert zu verkaufen.

Näheres in der Expedition dieses Blattes.

Von einem Burf rasserelner

Dobbermann.

Welpen sind noch einige zu verkaufen.

Jean Demmler, Eltville.

Nussbäume, Kirsch- und Birnbäume,

kauft zu den höchsten Preisen.

Josef Kerschel II.,
Neudorf im Rheingau.

Manufakturwaren,

speziell Hemden- u. Schürzenstoffe, sowie Wollwaren, Tricotagen, Hosen u. blaue Anzüge empfiehlt

J. Scherer, Oestrich.

4 Spitzhunde

zu verkaufen.

Jakob Kuhl, Erbach a. Rh.,
Marktplatz 7.

Automobilen

Motorboot- und Motorrad-Besitzer

lassen ihre Maschinen in dem Wintermonaten gründlich reparieren u. wenden sich an die größte

Reparatur Werkstätte

im Rheingau.

Albert Hebert Erbach a. Rh.

Solide Preise.

Prompte Bedienung.

Telegrammabdruck: Autoalb.

Ca. 15 Waggons

Kuhdung

laufend bis Mitte April abzug.

Unter Chiffre W. P. 60 an die Exped. des Blattes.

